

Rede von Kai Dondorf zur Einbringung der Änderungsanträge zum Doppelhaushalt 2011/2012 am 10.2.11

Die richtigen Prioritäten setzen – Für zukunftsfähige Investitionen in Bildung, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

die Rahmenbedingungen für den Heidelberger Doppelhaushalt 2011/2012 sind nicht einfach. Durch die Wirtschaftskrise mussten die Kommunen deutliche Einnahmerückgänge verschmerzen. Gleichzeitig ist seit Jahren zu beobachten, wie immer mehr Aufgaben von Land und Bund auf die Kommunen übertragen werden, ohne jedoch die dafür notwendigen Finanzmittel bereit zu stellen. Diese Entwicklung kann so nicht weitergehen. Unabhängig davon, wer die neue Landesregierung in Baden-Württemberg und die neue Bundesregierung stellen wird, unsere gemeinsame Botschaft muss lauten: Kein weiteres Aufbürden von immer neuen Aufgaben ohne die dafür notwendigen Geldmittel bereitzustellen!

Schon etwas abgedroschen klingt der Ausspruch: Krise als Chance! Dennoch liegt viel Wahrheit in diesem Satz. Wir wollen die angespannte Haushaltslage dafür nutzen, um klar zu machen, dass das wenige Geld in dauerhaft sinnvolle Projekte investiert werden muss.

Heidelberg braucht klare Prioritäten. Wir Grüne sehen die Prioritäten in Investitionen in Bildung, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit. Diese Bereiche werden für die Zukunftsfähigkeit von Städten und Regionen immer wichtiger und sind schon längst zu harten Wirtschaftsfaktoren auch im Wettbewerb der Städte untereinander geworden. Heidelberg hat bereits gute Ansätze, aber wir dürfen uns nicht auf unseren Erfolgen ausruhen.

Was wir nicht brauchen sind überteuerte Großbauprojekte wie den Neckarufertunnel, der auf Jahre hinaus Geld verschlingen und der jedes Jahr hunderttausende Euro zum Unterhalt verbrauchen würde. Es ist unserer Meinung nach auch nicht sinnvoll, jetzt über neue Großprojekte zu debattieren, deren Finanzierung und deren konkrete Ausgestaltung in keiner Weise geklärt sind. Wir müssen uns vor Augen halten: Ob wohl der Bau des Tunnels mit keinem einzigen Euro im aktuellen Haushaltsplan steckt, wird die Verschuldung von heute ca. 180 Mio. Euro auf knapp 290 Mio. Euro im Jahre 2015 ansteigen. Spätestens jetzt muss jedem klar werden, dass wir sehr genau darauf achten müssen, wofür Geld ausgegeben werden soll.

Was wollen wir Grüne?

Der Zugang zur Bildung und die bestmögliche Verteilung von Bildungschancen beginnen bereits im Kleinkindalter. Daher brauchen wir einen weiteren **konsequenten Ausbau der Kleinkindbetreuung**. Im vorliegenden Haushaltsentwurf soll ein weiterer Ausbau in Kitas und Tagespflege um 130 Plätze im Jahr 2011 und um 150 Plätze im Jahr 2012 stattfinden. Das klingt erst mal gut. Jedoch birgt die Formulierung einige Tücken, denn das Wörtchen „soll“ kann am Ende des Tages eben auch bedeuten: „Sorry, wir haben es versucht, aber nicht geschafft.“ Wir wollen, dass die geplanten Plätze auch tatsächlich geschaffen werden. Sollten die freien Träger dies nicht leisten können, muss die Stadt einspringen. Wer sich schon mal auf die Suche nach einem Betreuungsplatz für unter 3-Jährige begeben hat, weiß nur zu gut, dass das vorhandene Angebot noch lange nicht ausreicht. Außerdem ist für uns die Frage nach der Qualität der Betreuungsplätze – gerade bei freien Trägern – von sehr großer Bedeutung,

daher wollen wir eine Stelle ermöglichen, die sich mit Qualitätsstandards und deren Überprüfung beschäftigt. Dazu soll ein Konzept erarbeitet werden.

Im Bereich Bildung darf nicht gekürzt werden. Wir begrüßen und unterstützen die Tatsache, dass die laufenden Schulsanierungen nicht gekürzt oder gestrichen werden sollen. In Heidelberg können wir zu Recht auf die vielfältige Schullandschaft stolz sein. Neben den staatlichen Schulen gibt es auch zahlreiche private Schulen, die ebenfalls einen wichtigen Beitrag zum Bildungsangebot leisten. Daher haben wir kein Verständnis für die pauschale Kürzung der Zuschüsse an diese Schulen und wollen diese Kürzung wieder zurücknehmen. Auch die Kürzung, die die Volkshochschule betrifft, halten wir für unverantwortlich und wollen sie rückgängig machen. Ebenso die Zuschusskürzungen im Bereich Umweltberatung und Umweltbildung.

Im Bereich Klimaschutz ist Heidelberg – trotz aller Erfolge – nach wie vor weit davon entfernt, die selbst gesteckten Ziele zu erreichen. 2015 sollen die CO₂ Emissionen um 20% gegenüber 1990 gesenkt werden. Wir erkennen die Etappenziele, die im Bereich der städtischen Gebäude erreicht wurden, durchaus an. Aber das Gesamtergebnis zählt, und dazu gehören eben auch die Privatgebäude, das Gewerbe und der Verkehr. Wir fordern daher die Verwaltung auf, in konkreten jährlichen Schritten zu zeigen, in welchen Bereichen mit welchem Investitionsbedarf etwas geschehen muss, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die **Stadtwerke**, die wir mittelfristig zu Grünen Stadtwerken umbauen wollen. Die ersten Schritte in die richtige Richtung sind gemacht, jetzt müssen weitere folgen. So beantragen wir als konkrete Zwischenschritte die Ausweitung des Förderprogramms für Erdgasfahrzeuge auch für Elektro- und Hybridfahrzeuge, außerdem sollen die Straßenbahnen in Heidelberg zu 100% mit energreen-Strom fahren. Dies kostet für zwei Jahre ca. 300 000 Euro. Dieses Geld fließt aber wieder direkt in den Ausbau der erneuerbaren Energien vor Ort und stellt damit ein sinnvolles Konjunkturprogramm für das lokale Handwerk dar. Bei den Stadtwerken hat sich in den letzten zwei Jahren sehr viel bewegt. Diese Dynamik war richtig und wichtig, um im Wettbewerb mit den anderen Energieversorgern bestehen zu können. Wir stehen nach wie vor zu unseren Stadtwerken. Der Bau des Biomasseheizkraftwerkes ist ein weiterer wichtiger Schritt zum Erzielen der Klimaschutzziele und zur ökonomischen Stärkung der Stadtwerke. Durch mehr Eigenerzeugung von Strom und Wärme wird die Unabhängigkeit von den dritten Strom- und Wärmelieferanten größer, die Verhandlungsposition stärker. Daher wollen wir die Planung eines Tiefengeothermiekraftwerks weiter vorantreiben und hierfür ab 2013 zusätzliches Geld für seismische Untersuchungen und ggf. Probebohrungen zur Verfügung stellen.

Der **Verkehr** ist ein weiterer großer Bereich, an dem wir gemeinsam arbeiten müssen. Wir wollen für Heidelberg ein umfassendes **Verkehrskonzept**, in dem alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt werden. Dazu gehört neben dem motorisierten Individualverkehr auch der öffentliche Nahverkehr sowie Radfahrer und Fußgänger. Wir wollen eine intelligente Optimierung im öffentlichen Nahverkehr und kein Streichkonzert. Eine weitgehende Vorrangschaltung soll den bislang langsamen ÖPNV nicht nur schneller, sondern dadurch auch kostengünstiger machen. Zur Stärkung des ÖPNV gehört auch der Bau der Straßenbahn ins Neuenheimer Feld, der noch 2012 beginnen soll, sowie die Planung der Straßenbahn in die Altstadt. Langfristig führen diese neuen Straßenbahnen zu einer Verringerung der Kosten, da mit jeder Fahrt deutlich mehr Fahrgäste als im Bus transportiert werden können.

Von entscheidender Bedeutung für die Lebensqualität in einer Stadt ist die soziale und die kulturelle Infrastruktur. **Daher werden wir die Zuschusskürzungen an Dritte aus dem Sozial- und Kulturbereich rückgängig machen.** Dabei geht es um überschaubare Summen, die aber sehr viel bewegen. Eine pauschale Kürzung ist die am wenigsten intelligente Sparmaßnahme, da sie für manche Sozial- und Kulturgruppen eine existenzielle Krise bedeuten würde. Oft wird auch vergessen, dass die Zuschüsse teilweise seit Jahren nicht erhöht wurden und allein durch die Inflation der Wert des Zuschusses um 2% jährlich gesunken ist. Wir wollen die kulturelle und soziale Vielfalt in der Stadt erhalten.

Wir wollen aber nicht nur das Vorhandene erhalten, sondern auch neues ermöglichen. Als möglicher Ort, an dem Kreativität ausgelebt und ausprobiert werden kann, ist die **Alte Feuerwache** ideal. Wenn das Theater Ende 2012 in das neue Domizil umziehen wird, soll die Alte Feuerwache zu einem Standort für kreativ Schaffende werden. Dafür wollen wir ebenfalls Geld bereitstellen. Wir sind davon überzeugt, dass diese Investition sich auszahlen wird, spätestens dann, wenn aus Ideen Projekte, aus Projekten kleine Betriebe werden, die Arbeitsplätze schaffen.

Wie bereits eingangs erwähnt, hat sich die Situation der Zuweisungen verschlechtert. Daher müssen wir die Anstrengung unternehmen, die **Einnahmesituation der Stadt zu verbessern.** Wir brauchen Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung, für das soziale und kulturelle Angebot in der Stadt, für sinnvolle Verkehrsprojekte wie die Straßenbahn ins Neuenheimer Feld. Diese Themen sind für die Lebensqualität sowie für den wirtschaftlichen Erfolg einer Stadt zentrale Faktoren. Alle Bürgerinnen und Bürger leisten dazu ihren Beitrag, daher war und ist die bereits beschlossene **Ausweitung der Zweitwohnsitzsteuer** richtig und notwendig. Die Pro-Kopf-Zuweisungen von knapp 900 Euro pro Jahr werden im übrigen die Kosten des Semestertickets für Studierende locker ausgleichen, es bleibt unterm Strich ein deutliches Plus.

Auch die Anhebung der **Grundsteuern A und B** sind ein wichtiger Baustein zur Stärkung der Einnahmesituation der Stadt. Wir werden sie daher wie im Haushaltsplan dargestellt mittragen.

Jedoch sind wir der Meinung, dass eine Anhebung der Grundsteuer nur in Verbindung mit einer maßvollen Anhebung der Gewerbesteuer Sinn ergibt. Wir wollen daher die **Anhebung des Gewerbesteuersatzes von 400 auf 410 Punkte.** Den Mehrertrag wollen wir für den garantierten Ausbau der Kinderbetreuung einsetzen. Davon profitieren auch die in Heidelberg ansässigen Unternehmen, da sie attraktiver für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden. Kein Betrieb wird durch diese maßvolle Anhebung in seiner Existenz gefährdet. Ein Gewerbebetrieb ist zu dem erst bei einem Gewerbeertrag ab 24 500 Euro gewerbesteuerpflichtig.

Sowohl die Anhebung der Grundsteuer als auch der Gewerbesteuer wollen wir zeitlich auf zwei Jahre befristen. Das Geld muss in die zentralen Zukunftsbereiche investiert werden. Ende 2012 soll die Verwaltung die aktuelle Finanzlage der Stadt darstellen. Sollte sich zeigen, dass aufgrund verbesserter Rahmenbedingungen die Steuererhöhungen zurückgenommen werden können, soll dies durch den Gemeinderat beschlossen werden.

Neben der Stärkung der Einnahmesituation der Stadt haben wir auch einige Vorschläge zu Einsparungen eingebracht. **Es ist uns wichtig, dass wir bei unseren Haushaltsanträgen im Großen und Ganzen ein ausgeglichenes Verhältnis von Einsparungen und Erhöhungen vorweisen können.** So wollen wir beispielsweise das ca. 100 000 Euro teure Bürgerfest nur noch alle zwei Jahre stattfinden lassen. In der Gebäudeunterhaltung wollen wir mit Ausnahme der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen insgesamt 3% einsparen. Ebenso im Bereich des Tiefbauamtes. Diese Einsparungen sind notwendig und unserer Meinung nach verkraftbar.

Lassen sie mich zusammenfassen:

Wir werden die eingebrachten Haushaltsanträge aller Fraktionen genau prüfen und stehen für offene und konstruktive Gespräche mit allen gerne zur Verfügung. Ob und wo sich Schnittmengen ergeben, wird sich dann zeigen. Dabei gilt jedoch unser Grundsatz: Wenn Geld ausgegeben werden soll, dann muss die Zukunftsrendite klar erkennbar sein. Das bedeutet, dass wir vor allen Dingen mehr Geld für die genannten Bereiche Bildung, Kultur, Klima- und Umweltschutz sowie soziale Gerechtigkeit brauchen. Wenn wir konsequent in diesen Bereichen weiter investieren, werden wir und die künftigen Generationen für die kommenden Herausforderungen bestens gewappnet sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!